

08.09.2014

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der FDP

### **Islamistische Propaganda erreicht mit Scharia-Polizei neue Qualität – Die rot-grüne Landesregierung muss endlich handeln**

Am 5. September 2014 hat die Nachrichtenagentur dpa gemeldet, dass in Wuppertal eine selbst ernannte Scharia-Polizei nachts durch die Straßen patrouilliert. Uniformiert mit orange-farbenen Westen mit dem Aufdruck „Shariah-Police“ erheben sie mit gelben Flyern den Anspruch auf eine „Shariah Controlled Zone“ (Scharia-kontrollierte Zone). Ihre bekundete Absicht ist die Durchsetzung der Verhaltensregeln einer fundamentalistischen Islamauslegung: Kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen. Die Polizei geht allerdings von einem Anwerbeversuch für die islamistische Szene aus. Der Kopf der Gruppe steht seit geraumer Zeit unter Verdacht, Dschihadisten für den Bürgerkrieg in Syrien zu rekrutieren.

Die Anzahl von Islamisten aus Deutschland, die für den IS (Islamischer Staat) im Irak und Syrien in den Krieg ziehen und Kriegsverbrechen begehen, steigt ständig. Nach FOCUS-Informationen vom 7. September 2014 gehen die Terrorfahnder inzwischen von 500 radikal-islamistischen Terrorkriegern aus Deutschland aus. Mindestens 120 davon kommen aus Nordrhein-Westfalen. Radikalisierte, verrohte und militärisch ausgebildete Rückkehrer stellen für die Bundesrepublik Deutschland ein unabsehbares Sicherheitsrisiko dar.

Bereits heute ist die Gefahr für nordrhein-westfälische Bürger durch gewaltbereite Islamisten hoch. Dies zeigen unter anderem der versuchte Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof 2012, zu dem das Gerichtsverfahren in diesen Tagen beginnt, und die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen IS-Sympathisanten und Jesiden in Herford am 6. August 2014.

Obwohl Aktionen religiöser Extremisten in Nordrhein-Westfalen wie Pilze aus dem Boden schießen, bietet Innenminister Jäger keine geeignete Gegenstrategie an. Dem Versuch der selbst ernannten Scharia-Polizei, Menschen in Deutschland ihre Werte aufzuzwingen, muss mit aller Entschiedenheit begegnet werden. Die Landesregierung kann sich bei Prävention und Repression gegen diese gefährlichen Extremisten kein weiteres Abwarten erlauben,

Datum des Originals: 08.09.2014/Ausgegeben: 08.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

sondern muss endlich ein umfassendes Konzept zum Schutz der Menschen in NRW vor gewaltbereiten religiösen Extremisten vorlegen.

Vor diesem Hintergrund muss sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Auftreten der Scharia-Polizei in Wuppertal und dem weiteren Vorgehen der Landesregierung gegen gewaltbereiten Islamismus beschäftigen.

Christof Rasche

und Fraktion